

DER NEUE KURS AUF DEM LANDE

Anreize für die Bauern

Eckard Garms

I. Auf der 3. Plenarsitzung des 11. ZK der KP China im Dezember 1978 ist beschlossen worden, nach einer langen Zeit der Vernachlässigung der Landwirtschaft wieder den Platz einzuräumen, der ihr angesichts des Entwicklungsstadiums der gesamten chinesischen Wirtschaft zusteht.

Ihre Rolle läßt sich nur verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß China weiterhin primär ein Agrarland ist, in dem ca. 80% der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft verdienen. Auf 100 Mio. ha - das sind nur ca. 10% der gesamten chinesischen Staatsfläche - muß die chinesische Landwirtschaft knapp 1 Mrd. Menschen ernähren; sie ist Lieferant für

- 70% der industriellen Rohstoffe,
- 60% der Waren für den Export,
- 80% der Waren für den Binnenmarkt und
- kommt für 50% der Regierungseinnahmen auf (1).

In den letzten Jahren haben in der Volksrepublik China mehrere Konferenzen stattgefunden, die die Entwicklung der Landwirtschaft zum Thema hatten:

1. Im September/Oktober 1975 wurde in der Produktionsbrigade Dazhai die erste Landeskonferenz für das Lernen von Dazhai abgehalten. Als Perspektive wurde damals beschlossen, die Landwirtschaft bis 1980 "im großen und ganzen" zu mechanisieren (2).

2. Die 2. Landeskonferenz zum "Lernen von Dazhai in der Landwirtschaft" fand im Dezember 1976 kurz nach dem Sturz der "Vierbande" in Peking statt. Neben dem gerade als solchen ernannten "weisen Vorsitzenden Hua" erläuterte der einstige Modellbauer aus Dazhai, Chen Yonggui, die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Konferenz. Im wesentlichen war es die Aufgabe dieser Zusammenkunft, nach den vorangegangenen politischen Wirren die Richtung der ersten Konferenz zu bestätigen, d.h. bis 1980 die Ziele der grundlegenden Mechanisierung der Landwirtschaft zu verwirklichen (3).

3. Im Januar 1978 tagte in Peking die 3. Landeskonferenz für landwirtschaftliche Mechanisierung. Yu Qiuli, Leiter der Staatlichen Planungskommission, bestätigte 1980 als die vorläufige Frist des Entwicklungsplanes und präziserte den Begriff der "grundlegenden Mechanisierung" in folgenden Einzelzielen:

- 70%ige Mechanisierung der Hauptarbeit in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Nebengewerbe und Fischerei,
- 70%iger Zuwachs an großen und mittelgroßen Traktoren,
- 110%iger Zuwachs an großen und mittelgroßen traktorgezogenen Landwirtschaftsgeräten,
- 36%iger Zuwachs an Handtraktoren
- 32%iger Energiezuwachs für Be- und Entwässerungsanlagen,
- 58%iger Zuwachs der jährlichen Kunstdüngerproduktion,
- beträchtlicher Zuwachs an Maschinen für den landwirtschaftlichen Investbau, Pflanzenschutz, Transport, Erntearbeit und zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (4).

Li Xiannian rief in seiner Schlußrede zu einem landesweiten Wettbewerb in der landwirtschaftlichen Mechanisierung auf, "ähnlich der Bewegung zum Lernen von Daqing". Die 1964 von Mao selbst als landwirtschaftliches Modell auf den Schild gehobene Brigade Dazhai wird nicht mehr erwähnt - nur noch ihr industrieller Gegenpart Daqing.

Seitdem findet das frühere landwirtschaftliche Vorbild kaum noch Erwähnung in der chinesischen Presse. Denn die mit dem nordwestlichen Bergdorf verbundenen agrarischen Ordnungsvorstellungen, wie Abschaffung der bäuerlichen Privatparzellen und Herabspielen individueller Leistungsanreize sowie der Übergang zur Brigade als grundlegender Rechnungseinheit, passen nicht mehr zum neuen landwirtschaftlichen Kurs. Zusammen mit seinem Modell ist auch der frühere Parteisekretär von Dazhai, Chen Yonggui, weitgehend aus dem inneren Machtzirkel der chinesi-

(Fortsetzung von Seite 828)

wegen Unterschlagung sehr streng bestraft.

§ 192

Handelt es sich bei der von einem staatlichen Funktionär im Rahmen dieses Abschnittes begangenen Straftat um einen geringfügigen Fall, kann von den zuständigen Ressorts den Umständen entsprechend Dienststrafe verhängt werden.

第一百九十二条 国家工作人员犯本章之罪，情节轻微的，可以由主管部门酌情予以行政处分。

schen Führung verschwunden.

Offiziell wird die Modellfunktion von Dazhai jetzt dahingehend abgebogen, daß ihr nurmehr im Arbeitseifer und der Ergebenheit dem Kollektiv gegenüber die Funktion des Lehrbeispiels zukomme, aber nicht das in Ansätzen verwirklichte ökonomische System für die Landwirtschaft: "Beim Lernen von Dazhai müssen wir vor allem von Dazhai grundlegender Erfahrung im Anpacken der Revolution, Förderung der Produktion lernen" (5).

4. Den nächsten Einschnitt in die landwirtschaftliche Perspektivplanung markiert die 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses Ende Februar 1978. Hier wurde der Nationale Entwicklungsplan beschlossen, der vorsah, durch die vier Modernisierungen (in Landwirtschaft, Industrie, militärischem Sektor und Wissenschaft) China bis zur Jahrtausendwende in die Spitzengruppe der wirtschaftlich entwickelten Länder aufsteigen zu lassen.

Mittelfristig sollte ein Zehnjahresplan von 1976 bis 1985 die langfristigen Ziele für die einzelnen Bereiche festlegen. Für die Landwirtschaft wurde folgendes Rahmenprogramm beschlossen (6): Bis 1985 gelte es, "85% der Hauptarbeitsgänge" in der Landwirtschaft zu mechanisieren, pro Kopf der Bevölkerung ein Mu Ackerland mit stabilen Erträgen zu garantieren und 1985 400 Mio.t Getreide zu produzieren.

Die bis dahin verfolgte Orientierung einer 70%igen Mechanisierung bis 1980 war jetzt Anfang 1978 offensichtlich zu utopisch geworden, so daß man sich mit dem Herausschieben der Zeitgrenze bei gleichzeitigem Aufstocken des Ziels - 85%ige Mechanisierung - behelf.

Hatte man sich insgesamt ein Wachstum der Landwirtschaft in diesem Zeitraum (d.h. bis 1985) von 4 bis 5% zum Ziel gesetzt, so wollte man allerdings darauf orientieren, in den 12 Getreideanbaugebieten des Landes (7) und in den Staatsgütern in den verbleibenden acht Jahren die Marktgetreidemenge zu verdreifachen bzw. zu vervierfachen.

Unbenommen von allen politischen Störungen im Wirtschaftsablauf sollte mit diesem vorrangigen Ziel die Versorgung des Marktes, d.h. die Ernährung der Städte und die Versorgung der Industrie, sichergestellt werden. Weiterhin zeichneten sich bei dieser Nationalen Volkskongreßtagung ein Abrücken von der Überbetonung des Getreidezweckes und eine stärkere Diversifizierung der landwirtschaftlichen Anbaupolitik ab. Zur Mobilisierung der Bauern wollte man diesen auch wieder die Nutzung ihrer privaten Landparzellen, private Viehhaltung und den privaten Handel auf ländlichen Märkten zugestehen.

Mit dieser Zielsetzung stellt die Tagung einen ersten Schritt einer neuen liberaleren Gangart der Partei gegenüber der Bauernschaft dar, hält zugleich aber ungebrochen an den sogar noch höher gesteckten Zielen des Mechanisierungsprogramms fest. Im Rückblick erscheint sie dem Betrachter als Wendepunkt der Politik auf dem Lande. Da sie sich aber noch nicht zu einer klaren Einschätzung des tatsächlichen Niveaus der chinesischen Agrarwirtschaft durchringen konnte, ist sie im Ergebnis lediglich das Aneinanderreihen zweier in sich unterschiedlicher Entwicklungslinien.

5. Diese Revision der Perspektivplanung leistete erst die 3. Plenartagung des 11. ZK im Dezember des Jahres 1978: Die hochgesteckten Mechanisierungs-

ziele, die bis dahin den landwirtschaftlichen Horizont dargestellt hatten, waren gänzlich vom Tisch, ebenso eine 400 Mio.t-Getreideproduktion 1985. Demgegenüber wurden die weitere Diversifizierung der Anbaupolitik und die Befugnisse der Bauern zur privaten landwirtschaftlichen und kommerziellen Betätigung fortgeschrieben. Die Neuausrichtung der chinesischen Wirtschaftspolitik, die diese Konferenz beschloß, sah eine grundlegende Revision des ursprünglich bis zum Jahre 1985 reichenden Perspektivplans vor. "In der Vergangenheit hat man immer nur verbal über die Wichtigkeit der Landwirtschaft diskutiert, aber in Wirklichkeit hat man die Landwirtschaft nicht zur Grundlage der Volkswirtschaft gemacht" (8).

Deshalb beschloß die Konferenz, die Prioritätenkala der chinesischen Wirtschaft neu festzulegen und die Landwirtschaft zur Basis der wirtschaftlichen Entwicklung zu machen.

Doch die Neuverteilung der Schwergewichte erforderte eine Bestandsaufnahme des erreichten Niveaus der Agrarwirtschaft in China. Wie nötig diese reine Faktenaufnahme für jede weitere Politik im Agrarsektor war und ist, davon legt das bis jetzt zunehmend veröffentlichte Material über Armut und Mißwirtschaft auf dem Lande in China beredtes Zeugnis ab. Die Wahrheit scheint auch hier in den Tatsachen zu liegen.

Der zweite neue Ansatz dieser Konferenz lag darin, dem bäuerlichen Streben nach guten Verdiensten den festen Rahmen eines Rechts auf Selbstbestimmung zu geben, alle Übergriffe auf kollektives und privates Eigentum abzubauen bzw. auf der Basis der Bezahlung für die Nutzung von Ressourcen abzuwickeln (vgl. dazu unten Abs.III). Die erwähnte 3. ZK-Plenartagung verabschiedete zwei Dokumente, und zwar den "Beschuß des ZK über einige Fragen zur Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung (Entwurf)" und die "Arbeitsverordnung für landwirtschaftliche Volkskommunen (Versuchsentwurf)" (Nong cun ren mingong she gong zuo tiao li). Die "Arbeitsverordnung" trägt die gleiche Überschrift wie die "Arbeitsverordnung" aus dem Jahre 1962, bloß daß die frühere den Untertitel "Revidierter Entwurf" führte. Wurde die 1962er Verordnung "60-Punkte-Programm" genannt, so heißt das jetzige Dokument "Neues 60-Punkte-Programm".

In der Präambel beruft man sich auf die "alten 60 Punkte", die damals unter der Anleitung Maos ausgearbeitet und vom 10. Plenum des 8. ZK verabschiedet worden seien. Der Verfasser soll Deng gewesen sein (9). In ihrer Anwendung in der Landwirtschaft des ganzen Landes sei die Verordnung damals für die Festigung des Volkskommunensystems und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion von großem geschichtlichem Nutzen gewesen. Mit den neuen "60 Punkten" greife man die Richtung der damaligen Politik wieder auf, füge aber auch Verbesserungen hinzu (10).

Das "alte" 60-Punkte-Programm, das im folgenden in seiner Fassung vom September 1962 zitiert wird (11), beinhaltet in der Tat viele der jetzt neu gefaßten Beschlüsse.

In beiden Dokumenten wird der Schwerpunkt darauf gelegt, das System der Volkskommune, ihre Einbettung in die Gesamtwirtschaft, ihre Rechte und Pflichten, ihre drei Eigentumsebenen, die Rechte der einzelnen Mitglieder verbindlich zu umreißen. Die Größe der Privatparzellen wird übereinstimmend auf 5 bis 7% der gesamten Ackerbaufläche der Kommune begrenzt (in Punkt 40 bzw. Punkt 49 in der neuen

Fassung. Für den Kreis Wuxian sind das z.B. 33 qm pro Kopf der Kommunemitglieder, BRu, 16/79). Neues Gewicht wird auf die Feststellung gelegt, daß die Arbeit der Volkskommunen nach dem Prinzip der Freiwilligkeit und des beiderseitigen Vorteils zu geschehen habe (Punkt 5) und daß ihr Recht auf Selbstbestimmung streng zu beachten sei (Punkt 8, vgl. dazu Abs.III).

II. Was war das Ergebnis der Bestandsaufnahme des landwirtschaftlich Erreichten in China, was waren die dringendsten Probleme? Stellvertretend werde ich einige Äußerungen aus chinesischem Munde anführen, die einzelne dieser Fragen ansprechen:

"Es ist klar, daß das chinesische Dorf in Armut und Rückständigkeit nicht Grundlage eines modernen, starken, sozialistischen Chinas sein kann" (12), wobei Armut sehr konkret heißt, daß 200 Mio. Bauern am Rande des Existenzminimums leben und Hunger leiden (13).

"Die durchschnittliche Getreidemenge pro Kopf entsprach 1977 der von 1955, d.h. der Zuwachs der Getreideproduktion entsprach nur dem der Bevölkerung und des Industrieverbrauchs zu Industriezwecken" (14).

"Wie war es möglich, daß manche Leitungsorgane willkürlich alle von den Bauern bestellten Kulturen aus dem Boden herausreißen oder abschaulen und statt dessen andere Kulturen anbauen ließen, ohne daß sie rechtlich und wirtschaftlich für die sich daraus ergebenden Verluste zur Verantwortung gezogen wurden?" (15).

"Während der Periode der Genossenschaften in der Landwirtschaft (das ist bis 1958, vor Errichtung der Volkskommunen) wuchs die landwirtschaftliche Produktion ziemlich schnell, und der Lebensstandard der Bauern war merklich besser als vor der Befreiung (das ist vor 1949). In den folgenden Jahren wuchs die landwirtschaftliche Produktion ziemlich langsam, und die Verbesserung des Lebensstandards blieb geringfügig. Für diese Situation gab es viele Gründe, wie den Mangel an politischer Stabilität und der beständigen Verletzung der Politik auf dem Lande" (16).

"Praktisch wurden die Bauern ausgepowert" (17).

Der Dorfmarkt war als "kapitalistischer freier Markt" verboten. "In der Tat war das Verbot nicht aufrechtzuerhalten; dadurch, daß der ordentliche Dorfmarkt beseitigt wurde, wucherte der Kapitalismus (z.B.) in Form eines schwarzen Ferkelmarktes, wo der Preis doppelt so hoch war wie auf dem offiziellen Markt" (18).

III. Die erste entscheidende Komponente der neuen chinesischen Politik auf dem Lande besteht darin, daß sie die Politik finanzieller Anreize für die Bauern in einen verbindlichen Rahmen von Eigentums- und Verfügungsrechten einfügt. Zwischen den verschiedenen ländlichen Eigentumsstufen und zum staatlichen Sektor werden somit - im Gegensatz zu den bisherigen politischen Wirnissen und Unsicherheiten - für die Zukunft die Kompetenzen abgesteckt. Willkürliche Eingriffe in fremdes Eigentum sollen ganz unterbunden und durch vertragliche Beziehungen, die für beide Seiten vorteilhaft sind, abgelöst werden.

Von den drei Ebenen des ländlichen Gruppeneigentums ist die unterste, die Produktionsgruppe, die "Grundeinheit für Rechnungsführung", d.h. hier wer-

den die Arbeitspunkte der Bauern berechnet und gemäß den von der Gruppe erwirtschafteten Natural- und Bargeldgewinnen bewertet.

Die gegenwärtig gültige Verfassung der VR China (von 1978) bestimmt zwar auch die Produktionsgruppe als Grundeinheit für die Rechnungsführung, fügt dann aber noch hinzu: "Wo die Bedingungen dafür herangereift sind, kann die Produktionsbrigade zur Grundeinheit für die Rechnungsführung werden" (19).

Auch Chen Yonggui hatte in seinem Referat auf der 2. Dazhai-Konferenz 1976 noch vom "allmählichen Übergang" auf die Produktionsbrigade gesprochen (20). In "seiner" Brigade Dazhai war dieser Übergang schon vollzogen. Dort war Dazhai (als Brigade) schon Grundrechnungseinheit, dort waren die Privatparzellen abgeschafft, und die Entlohnung der Bauern orientierte sich nicht mehr an der Qualität der geleisteten Arbeit.

Heute heißt es hingegen, daß Dazhai keine Modellfunktion für die chinesische Landwirtschaft mehr hat. Das Lernen von Dazhai "bedeutet nicht die Anwendung der konkreten Methoden Dazhais" (21). Sehr bildhaft ist ein chinesischer Rundfunkkommentator:

"Wenn der Übergang künstlich erzwungen wird, müssen unweigerlich Probleme auftreten. Solch ein Übergang kann damit verglichen werden, daß man sagt, man hilft den Reissetzlingen zu wachsen, wenn man sie hochzieht" (22).

Im Zuge des neuen Kurses der Wirtschaftspolitik Chinas wird der vieldiskutierte "Übergang" auf die nächsthöhere Stufe vorerst nicht stattfinden:

"Heute noch und ziemlich lange bilden die Produktionsgruppen die Grundeinheit für die Rechnungsführung auf dem Lande. Jede Produktionsgruppe hat ihre eigene Rechnungsführung und ist für Gewinn und Verlust allein verantwortlich. Manche Produktionsgruppen haben bessere Bedingungen und werden gut bewirtschaftet, so liegen die Einkommen der Bauern höher. Andere Gruppen hingegen sind ärmer. Wenn die Bedingungen noch nicht reif sind, um die Produktionsbrigade zur Grundeinheit für Rechnungsführung zu machen, bedeutet das, die Einkommen der reichen und armen Gruppen auszugleichen und den Bauern der reichen Gruppen ihre Einnahmen wegzunehmen... Einige Produktionsbrigaden hätten den "Übergang trotz Armut" praktiziert. Die reichen Gruppen hätten sich dann benachteiligt gefühlt und Schweine geschlachtet, Bäume gefällt und das Vorratsgetreide verteilt. Ihr Enthusiasmus sei gesunken, und die Produktion hätte gelitten" (23).

Sicherlich bleibt für eine letztlich am allumfassenden Gemeineigentum orientierte Wirtschaftspolitik das Fernziel des "Übergangs" auf ein immer höheres Niveau, auf Brigade, Volkskommune und schließlich Staats- (bzw. Volks-)Eigentum auch in der VR China erhalten. Für die gegenwärtige Etappe haben die Wirtschaftsführer die Verrechnung der Arbeitsleistung auf der Ebene der Produktionsbrigade als noch nicht reif erklärt, sie wollen vielmehr ihre gegenwärtige Agrarpolitik auf die produktiven Fähigkeiten einer am eigenen und am Gruppengewinn orientierten Bauernschaft bauen.

Das Schweineschlachten und Bäumefällen, von dem auch jetzt wieder die Rede ist, scheint sich wie ein Indikator einer die bäuerlichen Interessen negie-

renden landwirtschaftlichen Politik durch die Geschichte des Sozialismus zu ziehen: Bei der übereilten Landwirtschaftskollektivierung der Sowjetunion der 20er Jahre, bei der beschleunigten Kollektivierung der Landwirtschaft in China während des Großen Sprungs 1958 und bei ähnlichen Maßnahmen bis in die Gegenwart - jedes Mal versuchten die Bauern für sich zu retten, was zu retten war: Mußten sie schon ihre "Immobilien" hergeben, wollten sie jedenfalls aus dem mobilen Eigentum noch privaten Nutzen ziehen. Der Sinn des höheren wirtschaftspolitischen Nutzens großer Agrareinheiten bedeutete ihnen weniger als ihre gesicherte persönliche Erwerbsgrundlage in Form überschaubarer Einheiten in privatem oder Kleingruppeneigentum.

Spontan hatten sich einige Produktionsgruppen auch an einem "Übergang" interessiert gezeigt, allerdings in Richtung noch kleinerer Einheiten: Der Trend war dahin gegangen, die Produktionsgruppen in Familiengruppen oder sogar einzelne Familien zu untergliedern. In Form von Arbeitsgruppen hatten sie sich unter dem Produktions-Selbstbestimmungsrecht für die Erfüllung bestimmter Arbeitsaufgaben aufgeteilt.

"Z.B. hatten sich einzelne Produktionsgruppen entschieden, gleichmäßig die staatliche Steuer und die Aufkaufquoten auf die Arbeitsgruppen aufzuteilen, sie hatten auch Bevölkerung, Arbeitskräfte, Land, Viehbestand und Maschinenpark aufgeteilt... So wurden die Arbeitsgruppen in Wirklichkeit die grundlegenden Rechnungseinheiten"(24).

Dieses Konzept ging der Führung natürlich zu weit, und es wurde als "unbeliebte Maßnahme, die nicht den Wünschen der Massen entspräche", kritisiert (25).

Die privaten Landstückchen der Bauern und die freien, nicht-staatlichen ländlichen Märkte wurden ebenfalls wieder in ihre alten Rechte eingesetzt. Denn noch braucht die Volksrepublik die Ergebnisse der privaten Produktion der Bauern für die Ernährung des Landes, für die Leichtindustrie und den Export:

"Die Nebenproduktion ist unverzichtbar für Staat, Kollektiv und Individuum." "Wenn die Kommunemitglieder sich nicht in der Haushalts-Nebenproduktion betätigen dürften, würden Schwierigkeiten in ihrem Lebensunterhalt auftreten und es gäbe eine Knappheit von Produktion der Landwirtschaft und des Nebengewerbes auf dem Markt"(26).

Die Ergänzung der privaten Produktion sind die freien Dorfmärkte zum Verkauf der privat produzierten überschüssigen Produkte. Die Gefahr der Zulassung dieser beiden Formen privater Wirtschaftstätigkeit wird nach Ausschaltung der Linken und deren ideologischen Bedenken weniger in den Randerscheinungen sogenannter Profitmacherei und Spekulation im freien Handel gesehen, als darin, daß

- a) die Bauern zuviel Energie auf die profitablere private Landwirtschaft verwenden, also die Gemeinschaftsarbeit vernachlässigen, und
- b) "Produkte, die der Staat kaufen will, auf dem (freien) Markt anstatt an die Ankauf- und Marketing-Genossenschafts-Stationen verkauft werden"(27).

Da diese Formen des Wirtschaftens für die Versorgung gebraucht werden, würden administrative Einschränkungen der gewährten Freiheiten sicherlich einen sehr schädlichen Effekt haben. Also will man

auf die Kräfte des Marktes vertrauen. Die Bauern sollen durch bessere Verdienstmöglichkeiten im Kollektiv und durch höhere staatliche Ankaufpreise angespornt werden, ihre privaten Aktivitäten im Rahmen des Erwünschten zu halten.

Das schon mehrfach erwähnte Prinzip der Produktions-selbständigkeit (Zizhu quan) ist im Punkt 8 der "Neuen 60 Punkte" enthalten. Dort heißt es, daß die Selbständigkeit (der Volkskommunen) streng zu beachten sei. Sie hätten "das Recht,

- bei der Bodenbestellung zu tun, was Boden- und Zeitverhältnisse nahelegten,
- über Produktionssteigerungsmaßnahmen zu entscheiden,
- über Organisations- und Verwaltungsmethoden zu bestimmen,
- über die Verteilung der eigenen Produktion und des Bargeldes zu bestimmen,
- sich unbesonnenen Befehlen jeder beliebigen übergeordneten Dienststelle und leitender Personen zu widersetzen"(28).

Diese Bestimmungen scheinen lediglich selbstverständliche Rechte des chinesischen Kollektiveigentums festzuschreiben. Sie bedeuten aber dennoch eine wichtige Neuerung, da in der Vergangenheit die Rechte der Kollektive nicht beachtet worden sind. Der Staat behandelte die Kollektivwirtschaft wie die verstaatlichte Wirtschaft, alle Ebenen des kollektiven Eigentumssystems wurden zu unentgeltlichen Leistungen verpflichtet, Besteuerung und staatliche Ankaufmengen wurden willkürlich verändert. In Punkt 5 der "Neuen 60 Punkte" wird deshalb betont, daß mit dem "Erstens Gleichmacherei und zweitens Versetzungen" (yi ping er diao) Schluß sein müsse. Die hier wieder aufgegriffene Richtlinie ist Bestandteil der "Zwölf Punkte der Arbeit auf dem Lande" aus dem Jahre 1960, einem vom damaligen Staatsvorsitzenden Liu Shaoqi getragenen Dokument.

Der Punkt gegen "Gleichmacherei und Versetzungen" bedeutet, daß "private Gebrauchsgegenstände zum Kollektiveigentum gerechnet und Kader wie Arbeitskräfte ständig nach Belieben in anderer Funktion und an anderen Arbeitsplätzen eingesetzt werden"(29).

Die neue Linie will jetzt diesen Eigentumsverletzungen einen Riegel vorschieben, sie will Agrarsteuern und Getreideankaufquoten auf dem Niveau der Jahre 1971-75 festschreiben, will die Inanspruchnahme fremder Arbeitskräfte und Mittel nur noch auf freiwilliger, kommerzieller und vertraglich abgesicherter Basis gegen entsprechende Bezahlung zulassen und dafür sorgen, daß übergeordnete Planinstanzen auch für materielle Verluste aufkommen, wenn sie den Bauern konkrete Anbauvorschriften machen.

Zur weiteren Konkretisierung des Aktionszirkels der Brigaden berufen sich die Chinesen auf ein System von "Fünffacher Festlegung und einer Belohnung" (wu ding yi jiang). Diese Vorschrift legt Arbeitskräfte, Boden, Output, Arbeitslohnpunkte und Produktionskosten für die Gruppe fest, beläßt ihnen als Anreiz die Produktion über Plan zur freien Verfügung. D.h. bei vertragsgemäßer Erfüllung ihrer Produktionsaufgaben, deren Grenzen ihnen die Fünf Festlegungen setzen, steht ihnen der erwirtschaftete Überschuß zu (30).

Auch in diesem Fall wird auf Prinzipien aus der Wiederherstellungsphase der frühen 60er Jahre zurückgegriffen. So wird z.B. betont, daß das neue

Prinzip eine Fortentwicklung des damaligen Prinzips der "Drei Verträge und eine Belohnung" (san bao yi jiang) sei. Sogar die damalige Musterkommune für dieses Prinzip, die Chouxin-Volkskommune im Kreis Ting Yuan, wird wieder positiv erwähnt, was für die gern in historischen Analogien denkenden Chinesen klare Hinweise auf die Landwirtschaftspolitik Liushcher Prägung gibt (31).

In jüngster Zeit stellen chinesische Ökonomen sogar generell die bislang verfolgte Politik in Frage, die kollektiv-wirtschaftlich organisierte Agrarwirtschaft durch staatliche Ankaufquoten zu Preisen unter Marktniveau zu regeln. Eine flexible Preispolitik solle dann an die Stelle der verbindlichen Ablieferungspflicht treten:

"Als wir kurz nach Gründung des neuen Chinas eine Politik des freien Angebots für Agrarerzeugnisse praktizierten, blieb das Angebot nie hinter der Nachfrage zurück. Seit Beginn des 1. Fünfjahresplans wurde aufgrund des Zuwachses der städtischen Bevölkerung die Versorgung mit Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen knapp. Ein System des einheitlichen, vorher festgelegten staatlichen Ankaufs wurde allmählich eingeführt. Zu jener Zeit war dieses System nötig... Als Ergebnis exzessiver staatlicher Käufe wurde das Land einige Jahre lang von einer Getreideknappheit betroffen.

Heute werde immer noch das gleiche staatliche Ankaufsystem angewendet. Man müsse jedoch klar den negativen Effekt dieser Maßnahmen sehen: Als Ergebnis der exzessiven Beschlagnahme und vorher festgelegter Ankäufe hatten die Bauern in einigen Gebieten nicht genug Reis und Schweinefleisch, sich selbst zu ernähren, obwohl es ihr Beruf war, Getreide anzubauen und Schweine zu halten.

Deshalb muß in Zukunft die landwirtschaftliche Erzeugung mittels des Wertgesetzes geregelt werden. Das wird zwar Preissteigerungen nach sich ziehen, aber die sind gerechtfertigt.

In Zeiten gravierender Unterversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten ist die staatliche Ankaufpolitik nötig, aber sie ist keine langfristige Politik. Die Erfahrung habe sogar gezeigt, daß die Bauern auf zu hohe staatliche Ankäufe für Getreide, zu hohe Quoten bei Fleisch, Eiern und anderen Produkten (d.h. bei unter Marktpreisniveau festgesetzten Preisen) so reagieren, daß sie im folgenden Jahr weniger Getreide usw. produzierten. Wenn der Staat jedoch die Politik des Ankaufs und der Requirierung aufgegeben und zu ausgehandelten Preisen gekauft habe, sei die Produktion schnell nach oben gegangen. Dieses Beispiel zeige doch klar die Rolle der Preispolitik bei der Regulierung der Agrarproduktion" (32).

IV. Die zweite grundlegende Neuerung in der chinesischen Landwirtschaftspolitik besteht darin, das vorhandene Interessensystem und -gefüge der Bauern anzuerkennen und die Politik darauf auszurichten, mit diesen Interessen und nicht gegen sie die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Die chinesische Führung macht dadurch, daß sie den Bauern das Streben nach Wohlstand zubilligt, das bäuerliche Erwerbsdenken zu dem wesentlichen Mittel der Steigerung von Erzeugerkraft in der Agrarwirtschaft.

"Die Kommunemitglieder arbeiten von früh bis spät. Was ist daran falsch, wenn sich die kollektive Produktion entwickelt und die Kommunemitglieder ein höheres Einkommen erhalten?... Mehr arbeiten,

mehr verdienen - so werden alle ermutigt, gut zu arbeiten. Das umreißt den sozialistischen Weg des kollektiven Reichtums" (33). Hinzufügen ließe sich, daß gleichfalls die Arbeit auf dem privaten Stückchen Land und die dadurch erzielten Einkünfte von den Bauern positiv angesehen werden.

Es besteht kein Zweifel, daß damit ein Differenzierungsprozeß auf dem Lande zwischen mehr oder weniger mechanisierten, zwischen mit guten oder schlechten Böden ausgestatteten Produktionsgruppen und einzelnen Kommunebauern einsetzen wird. Die Konsequenz des eingeschlagenen Entwicklungsweges ist beabsichtigt: Wenn man nämlich dazu übergehen würde, die Brigade zur grundlegenden Rechnungseinheit zu machen, wie es die "Linken" immer wieder propagiert haben, würde man damit die Differenzen zwischen reichen und armen Produktionsgruppen in dieser Brigade verwischen: "Arme Gruppen werden ermutigt, sich auf Unterstützung von anderen zu verlassen, und die Produktionsbegeisterung der reichen Gruppen wird zerstört"(34).

D.h.: Nicht mehr Umverteilung zwischen arm und reich im Rahmen größerer Einheiten ist die Richtung, sondern: "Arme Gruppen sollen ermutigt werden, ihre Produktion zu erhöhen, um mit den reichen Gruppen gleichzuziehen, und gleichzeitig sollen die reichen Teams sich um noch bessere Produktionsergebnisse bemühen"(35). Der Staat wird seinerseits auch verschiedene Maßnahmen treffen, die finanzielle Lage der Bauern zu verbessern: Vorerst wird die Getreidesteuer auf dem Niveau von 1971-1975 eingefroren werden. Über ihr die staatliche Quote überschreitendes Getreide können die Produktionsgruppen frei verfügen, der Staat wird allerdings für diese Menge um 50% höhere Ankaufspreise zahlen.

"Ab Sommer dieses Jahres (1979) werden die Ankaufspreise für landwirtschaftliche und nebergewerbliche Produkte um 20% erhöht, während die Preise für Industrieerzeugnisse, die von der Landwirtschaft benötigt werden, in diesem und im nächsten Jahr um 10 bis 15% herabgesetzt werden"(36). D.h. es geht um ein allmähliches Schließen der Preisschere zwischen Industrie- und Agrarprodukten.

Die "Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte (haben sich) in den fast drei Jahrzehnten nach der Befreiung verdoppelt, während die Einzelhandelspreise für industrielle Produkte nur um 28% gestiegen sind. Die Preisschere hat sich also verringert, dennoch ist sie noch zu groß... Daß die Preisschere zu groß und das Tempo ihrer Verringerung zu langsam ist, dämpft natürlich die Begeisterung der Bauern"(37). In den letzten Jahren hat sich diese Tendenz sogar gewendet, die Preisschere hat sich wieder weiter geöffnet. Diese Preisdiskrepanz hatte zur Folge, daß die Bauern trotz erhöhter Produktion oft real weniger verdienen.

In diesem Jahr ist nach Darstellung von Finanzminister Zhang Jingfu beabsichtigt, der Landwirtschaft durch höhere Preise für Agrar- und Nebenerzeugnisse, durch Steuersenkungen, Investitionszuschüsse und Darlehen 24,4 Mrd. Yuan zuzuführen (38).

Mit größeren finanziellen Mitteln ausgestattete Kollektivwirtschaften und einzelne Bauern stellen für die Konsumgüter und landwirtschaftliche Investitionsgüter produzierenden Industrien einen wachsenden Binnenmarkt dar. Bislang hatte sich diese Frage folgendermaßen gestellt:

"Die niedrige Qualität der Landwirtschaftsmaschinen

ist nicht das Problem. Das Problem ist, daß die Bauern nicht genug Geld haben, die benötigten Maschinen zu kaufen und die Treibstoffe, Elektrizität und Rohstoffe zu bezahlen. Es ist daher unpraktisch, über die Mechanisierung der Landwirtschaft in den Kommunen und Brigaden zu sprechen, ohne zuerst deren ökonomische Probleme zu lösen"(39).

Die zuvor weitgehend angewandte Methode, die Maschinen unentgeltlich zuzuteilen, hatte sich für die Eigeninitiative der Bauern als zu wenig förderlich erwiesen: "Jahre der Erfahrung haben gezeigt, daß es ineffektiv ist, den Bauern gratis landwirtschaftliche Maschinen zu geben, weil ihnen das nicht hilft, Mittel zu akkumulieren"(40).

"Die chinesischen Bauern sind immer noch arm. Viele Kommunen und Brigaden sind nicht in der Lage, moderne Maschinen zu kaufen oder einzusetzen. Eine der wichtigen Erfahrungen der fortgeschrittenen Einheiten in den vier Provinzen ist es, gewinnbringende Industrien und Nebengewerbe zu betreiben, um Geldmittel akkumulieren zu können und, gestützt auf ein solides, starkes Wirtschaftspotential, die Landwirtschaft auszurüsten und in hohem Tempo zu entwickeln"(41).

Zusätzlich wird der Staat Traktorenstationen errichten, die - gegen entsprechende Bezahlung - Traktoren an solche Kommunen ausleihen, die sich noch keine eigenen leisten können.

Mit der neuen Linie in der Landwirtschaft ermöglicht man es in Zukunft, daß die gewinnbringenden agrarischen Einheiten ausreichende Geldmittel ansammeln, um damit Maschinen, verbesserte Arbeitsgeräte und Kunstdünger kaufen zu können. Gleichzeitig wird eine solchermaßen selbst erarbeitete Maschine sicherlich einen rentableren Einsatz finden als diejenigen Gerätschaften, die einfach vom Staat verteilt werden - ohne dies auf die Fähigkeit der landwirtschaftlichen Einheit abzustellen, die Mittel auch sinnvoll einsetzen zu können.

V. Trotz der Zurücknahme der ursprünglich sehr weitgesteckten Ziele für die Mechanisierung der Landwirtschaft bleibt diese wichtiger Bestandteil der Modernisierungsplanung. Jedoch soll der Segen der Zuteilung von Agrarmaschinen nicht mit der Gießkanne über das ganze Land verstreut werden.

"Der Staat muß... den Schwerpunkt seiner Landwirtschaftsinvestitionen auf die Schaffung vieler Zentren für Marktgetreide, Industriepflanzen, Viehzucht, Fischerei und Forstwirtschaft legen... Die Zentren können erweiterte Staatsgüter sein, sie können auch durch Urbarmachung sowie durch Zusammenlegung mehrerer Volkskommunen entstehen... Wenn wir im Lauf einiger Jahre einige vollmechanisierte Versuchsgebiete und Staatsgüter in den Provinzen Liaoning, Jilin, Heilongjiang usw. und in den Großstädten Beijing, Tianjin und Schanghai zu integrierten Landwirtschafts-, Industrie- und Handelskombinaten mit hoher Arbeitsproduktivität und hohem Ausstoß aufbauen, können die Stadtbewohner allmählich mit ausreichend Getreide und Nebennahrungsmitteln versorgt werden...

Planmäßig und schrittweise müssen einzelne Schlüsselgebiete veranlaßt werden, in der landwirtschaftlichen Modernisierung und bei der Erhöhung des Lebensstandards voranzugehen; das wird im ganzen Land eine Initialwirkung haben" (42).

Schon Hua Guofeng hatte in seinem Tätigkeitsbericht auf der 1. Tagung des Volkskongresses im Februar 1978 von zwölf großen Getreideanbaugebieten gesprochen, die über ihren eigenen Bedarf hinaus genügend Getreide "für den Markt" produzieren, um gemäß der damaligen Zielsetzung die Marktgetreidemenge zu verdrei- bzw. zu vervierfachen.

Es geht den Chinesen also nicht um eine gleichmäßige Entwicklung der Landwirtschaft, sondern darum,

1. die Versorgung der städtischen Bevölkerung und der Konsumgüterindustrie mit Agrarprodukten sicherzustellen. Dies können zur Zeit nur die überdurchschnittlich produktiven Anbauzentren leisten.
2. In den Schlüsselzentren die Mechanisierung so weit zu entwickeln, daß sie für die zurückgebliebenen Gebiete eine Initiativfunktion ausüben können.

Deshalb werden die staatlichen Agrarsubventionen bevorzugt in diesen Regionen und Zentren eingesetzt werden. Gleichfalls wird der Hauptnutzen erhöhter staatlicher Agrarpreise, besonders für überplanmäßige Ablieferungen, den benannten Agro-Zentren zugute kommen. Sie werden den Löwenanteil der im Haushaltsentwurf für die Landwirtschaft bereitgestellten Mittel vereinnahmen, die Belieferung der Städte und verarbeitenden Industrie gewährleisten und die ihnen zufließenden Mittel wiederum dazu verwenden, ihren Mechanisierungsgrad zu erhöhen. In Kauf genommen wird ein Differenzierungsprozeß auf dem Lande, da sonst die benannten Ziele nicht erreicht werden könnten.

"Die Anzahl der Schlüsselzentren ist jedoch beschränkt, während die anderen Gebiete in der Mehrheit sind. Stagniert die Produktion in diesen Gebieten, wird die Landwirtschaft keinen Aufschwung nehmen. Deshalb müssen diese Gebiete den Geist des Selbstvertrauens entfalten, ihr Finanzpotential und die Kräfte der Kollektivwirtschaft ausnutzen" (43).

Am staatlichen Subventionssegen werden sie jedenfalls vorerst wenig teilhaben.

Für den Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen ist ein wichtiges Erfordernis, daß sie im Ergebnis eher produktionssteigernd als arbeitssparend sind. Denn: "Ganz allgemein gesagt ist Chinas ländliche Arbeitskraft zu groß" (44). Eine höhere Produktivität durch verstärkte Mechanisierung läßt sich z.B. in den drei weizenreichen Provinzen des Nordostens (Heilongjiang, Jilin, Liaoning) erzielen, die ziemlich eben sind und den weitflächigen Maschineneinsatz erlauben.

Darüber hinaus muß es für die ländliche Einheit möglich sein, die durch die Mechanisierung freigesetzten Arbeitskräfte anderweitig zu beschäftigen, z.B. in der örtlichen Kleinindustrie oder bei Boden- oder Wasserregulierungsprojekten.

"Bei der Versorgung mit Agrarmaschinen dürfen wir nicht länger versuchen, sie gleichzeitig in alle Landesteile zu schicken, als ob wir Pfeffer verstreuen, ohne in der Lage zu sein, die Verfügbarkeit von Zubehör- und Ersatzteilen zur Aufrechterhaltung und zur Reparatur zu garantieren... Die freigesetzten Arbeitskräfte würden die Last der Kommune, Produktionsbrigade und Gruppe noch mehr erhöhen" (45), sofern sie eben nicht an anderen Arbeitsplätzen in der Einheit eingesetzt werden können.

Das Getreide wird nicht mehr die mystische Position einnehmen, wie es das zu Zeiten maoistischer Simplifizierungen der Anbauarten tat. Bislang schien es so, als ob "nur der Getreideanbau Sozialismus bedeutet, und daß der Anbau von Industriepflanzen oder die Beschäftigung mit Nebenproduktion bedeutete, den kapitalistischen Weg einzuschlagen"(46).

Inzwischen erscheinen in der Presse viele Meldungen darüber, daß der Getreideanbau nicht nur entsprechend dem ihm gebührenden Gewicht bei der Ernährung der Bevölkerung gefördert worden sei, sondern daß sonst nichts mehr zähle: Ertragreiche Fischzuchtteiche wurden zugeschüttet, Weideland umgepflügt und Wälder gerodet. Die Resultate blieben aber trotzdem hinter den Erwartungen zurück, da die entsprechenden Voraussetzungen für den Getreidebau nicht sonderlich geeignet waren.

In vielen Gebieten Südchinas war es bisher üblich, zwei bis drei Ernten pro Jahr auf dem gleichen Stück Land einzubringen, so daß die gesamte bestellte Fläche um ca. 50% größer war als Chinas gesamte Anbaufläche - d.h. es wurde im Schnitt die Hälfte des Landes zweimal bestellt.

Viele der Dreifach-Bestellungen sind unter dem Zwang eines möglichst hohen Getreideernteertrages zustande gekommen. Inzwischen mehren sich aber Stimmen, die bei einigen Gebieten zu einer zweimaligen Feldbestellung zurückkehren möchten, da der Aufwand der dreimaligen Bestellung, besonders die Arbeitsbelastung in den Zeiten der Ernte und der fast gleichzeitigen Neuanpflanzung, aber auch die größere Menge von Saatgut dazu führte, daß das Ergebnis unter dem Strich häufig niedriger lag als bei einer zweimaligen Bestellung.

Überhaupt läßt sich generell die Tendenz verfolgen, daß in der Durchsetzung - nicht unbedingt in ihrer abstrakten Formulierung - der bisherigen chinesischen Landwirtschaftspolitik auf lokal gewachsene Besonderheiten, Bodenqualitäten und Umweltbedingungen wenig Rücksicht genommen und den Bauern von oben vorgeschrieben wurde, was sie anzupflanzen hätten.

"So mancher Leiter ignorierte die objektiven Gesetzmäßigkeiten und die Besonderheiten der Ressourcen, so daß das ökonomische Gleichgewicht in manchen Gebieten deformiert wurde. Darin ist ein wesentlicher Grund zu suchen, warum sich in den letzten Jahren die landwirtschaftliche Produktion nur langsam entwickelt hat"(47).

Inzwischen wurde eine "Kommission zur Begutachtung landwirtschaftlicher Ressourcen und für die Abgrenzung von Landwirtschaftszonen" gegründet, um Fragen der Bodenbeschaffenheit und -nutzung zu klären und einen Perspektivplan für die Abgrenzung von Landwirtschaftszonen zu erarbeiten.

Viele dieser Fragen, so scheint es, werden aber auch dadurch gelöst werden, daß man den einzelnen Entscheidungsträgern in den Volkskommunen im Rahmen ihres neu erlangten Selbstbestimmungsrechts einen solchen Spielraum zugesteht, daß sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen nötige Korrekturen in der Bodennutzung vornehmen können.

Anmerkungen:

- 1) Issues and Studies, Nr.4, 1979.
- 2) Hua Guofeng, Bericht über die Tätigkeit der

Regierung, 26.2.78, in: BRu, Nr.10/78.

- 3) Vgl. dazu R. Machetzki: Agrarpolitische Perspektiven 1976-1980, "Kreise vom Typ Dazhai im ganzen Land", C.a., Dezember 1975, S.767-770 und R. Machetzki: Die 2. Dazhai-Konferenz, C.a., Februar 1977, S.25-29.
- 4) BRu, Nr.7/78.
- 5) BRu, Nr.42/78.
- 6) Hua Guofeng, o.z.
- 7) Ebenda.
- 8) RMRB, 17.4.79; vgl. auch E. Garms: "Weitgehende Neugewichtung des laufenden Zehnjahresplans", in C.a., April 1979.
- 9) FEER, 11.5.79.
- 10) Zitiert nach: Studies on Chinese Communism, 16.6.79, Taipei, Taiwan.
- 11) Documents of the Chinese Communist Party, Central Committee, September 1956 bis April 1969, Vol.1, Union Research Institute, Hongkong, S.695-725.
- 12) Hu Qiaomu: Nach den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten vorgehen, die Vier Modernisierungen schneller verwirklichen, in BRu, Nr.45/78.
- 13) Zheng Ming, 1.5.79.
- 14) Hu.
- 15) Ebenda.
- 16) RMRB, 28.1.79, zit. n. SWB, 6.2.79.
- 17) BRu, Nr.16/79.
- 18) Ebenda.
- 19) Verfassung der Volksrepublik China, zit. n. C.a., Mai 1978, S.261.
- 20) In: BRu, Nr.2/79.
- 21) RMRB, 18.10.78.
- 22) Peking Home Service, 11.4.79, zit. n. SWB, 14.4.79.
- 23) BRu, Nr.16/79.
- 24) Peking Home Service, 11.4.79, zit. n. SWB, 19.4.79.
- 25) Ebenda.
- 26) Peking Home Service, 9.5.79, zit. n. SWB, 17.5.79.
- 27) Peking Home Service, 30.4.79, zit. n. SWB, 9.5.79.
- 28) Studies on Chinese Communism, a.a.O., S.141.
- 29) Martin/Liao, Chinesisch-Deutscher Wortschatz, Politik und Wirtschaft der VR China, 1977, Berlin und München, S.226/27.
- 30) RMRB, 20.5.79.
- 31) Lau et. al., Glossary of Chinese Political Phrases, Hongkong 1977, S.313.
- 32) C.a., Juni 1979, Ü 50, behandelt Aufsatz in RMRB vom 15.6.79.
- 33) BRu, Nr.16/79.
- 34) Ebenda.
- 35) Ebenda.
- 36) Ebenda.
- 37) Hu, a.a.O.
- 38) Vgl. C.a., Juni 1979, S.663.
- 39) XNA, 25.3.79, zit. n. SWB, 3.4.79.
- 40) XNA, chin., vom 20.4.79, zit. n. SWB, 16.5.79.
- 41) BRu, Nr.16/79.
- 42) Die Landwirtschaft schneller entwickeln, in: BRu, Nr.11/79.
- 43) Ebenda.
- 44) XNA, 25.3.79, zit. n. SWB, 3.4.79.
- 45) Peking Home Service, 23.4.79, zit. n. SWB, 30.4.79.
- 46) Peking Home Service, 16.4.79, zit. n. SWB, 23.4.79.
- 47) BRu, Nr.19/79.